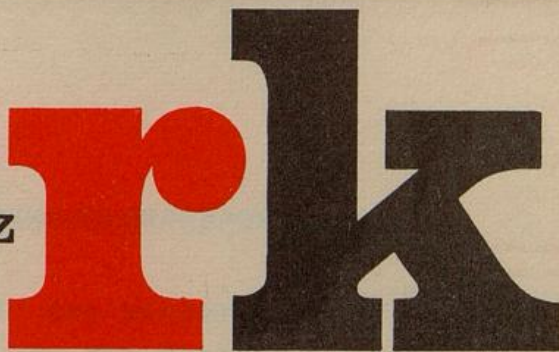


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 17. November 1982

Blatt 3298

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Kodak-Informationsfilm-Preis
1982 werden in Wien 8.000 Wohnungen gefördert
Gegen Zwangsbehandlung von Psychiatriepatienten
"Z"-Spende für orthopädische Patienten
- Politik: Husak im Rathaus
(rosa)
- Lokal: Straßenreinigung: Gerüstet für den Winterdienst
(orange)
- Kultur: Weihnachtsausstellung in der Volkshalle
(gelb)
- Nur
über FS: 16.11. Selbstmord - Zimmerbrand
17.11. Erster Wintereinsatz der MA 48
Sonatenabend im Schubert-Haus
Westbahn unterbrochen

Straßenreinigung: Gerüstet für den Winterdienst (1)
Utl.: Splitt und Plantabon Eisex für Durchzugsstraßen

=++++

2 #Wien, 17.11. (RK-LOKAL) Aus Gründen des Umweltschutzes wird im bevorstehenden Winter erstmals kein Salz verwendet, sondern Splitt und das Auftaumittel Plantabon Eisex in den Durchzugsstraßen gestreut werden, erklärte Stadtrat Josef VELETA gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Für die Gassen und weniger frequentierten Verkehrswege ist neben der Schneebeseitigung eine Streuung nur mit Splitt vorgesehen. #

Wenn im Wetterbericht angekündigt wird, daß Schneefälle bis in Tallagen möglich sind, hat die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) längst alle erforderlichen Vorkehrungen für rasche Schneesäuberung oder Streuung bei Glatteis getroffen. Wettermeldungen erhält die im 5. Bezirk, Einsiedlergasse 2, befindliche und rund um die Uhr besetzten Leitstelle der MA 48 von der Zentralanstalt für Meteorologie, Bundesstraßenverwaltung, Feuerwehr und Polizei, weiters von ARBÖ, BÄMTC und ORF.

Bei zu erwartenden Schneefällen oder bei Glatteisgefahr fahren vier Funk-Kontrollfahrzeuge zur Überprüfung der Straßenverhältnisse in den verschiedensten Stadtteilen aus.

In den drei Garagen der MA 48 (5, Einsiedlergasse 2, 17, Richthausenstraße 2, und 20, Leystraße 87) stehen für die sofortige Realisierung von 27 Einsatzplänen 47 mit Funk ausgerüstete LKW bereit, nach 70 Einsatzplänen treten 129 Firmen-LKW in Aktion, um auf festgelegten Routen so rasch wie möglich Hauptverkehrs- und Durchzugsstraßen freizumachen. (Forts.) we/bs

NNNN

Straßenreinigung: Gerüstet für den Winterdienst (2)
Utl.: Splitt und Plantabon Eisex für Durchzugsstraßen

=++++

3 Wien, 17.11. (RK-LOKAL) Nach der Freimachung der Verkehrswege des übergeordneten Straßensystems beginnen die Fahrzeuge der 97 Einsatzplätze zusammen mit zusätzlich einberufenen 31 LKW (davon 10 mit Funk), 22 Unimog und 64 Kleinfahrzeugen die Räumung der Nebenstraßen.

Seitens der MA 48 wird bei Schneefall oder Glätteis das gesamte verfügbare Personal eingesetzt, einschließlich der Saisonarbeiter stehen für den Winterdienst mehr als 970 Mitarbeiter zur Verfügung; für die Schneeräumung werden jeweils zusätzlich Arbeitskräfte aufgenommen. (Schluß) we/ap

NNNN

Kodak-Informationsfilm-Preis

Utl.: 2. Preis für PID

=++++

4 #Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Am Dienstag wurde im Filmhaus in Wien, der von Kodak gestiftete Informationsfilm-Preis 1982 übergeben.

Den 1. Preis erhielt die Austria-Tabakwerke AG. Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien wurde für den Film "Wien sind wir alle" mit dem 2. Preis ausgezeichnet. Dieser Film wurde im Vorjahr im Rahmen der Bedienstetenkampagne "Wien sind wir alle" produziert. #

Er zeigt die Arbeit der Gemeindebediensteten und das Funktionieren einer Großstadt am Beispiel Wien. Bisher haben diesen Film 1,2 Millionen Menschen gesehen.

Eingereicht wurden ca. 120 Filme aus der BRD, Schweiz und Österreich. Bewertet hat eine internationale Jury. Der Kodak-Preis wird nicht nur für die filmische Leistung, sondern auch für den erfolgreichen Einsatz innerhalb einer Zielgruppe verliehen. (Schluß)
red/ko

NNNN

1982 werden in Wien 8.000 Wohnungen gefördert (1)

Utl.: Energiesparen wird bei Wohnungsverbesserung belohnt

=++++

5 #Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL genehmigte der Wohnbauförderungsbeirat am Dienstag die Förderung von 2.399 Wohnungen und Lokalen. Die Förderung betrifft 91 Eigenheime, 203 Eigentumswohnungen und 1.001 Gemeindewohnungen.

Das ursprünglich geplante Bauvolumen von 5.500 Wohnungen für 1982 hat bereits die Zusicherung der Wohnbauförderung erhalten. Es sind dies 3.511 Wohnungen und 47 Lokale, die im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien gefördert wurden und 1.991 Wohnungen im Rahmen des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes.

"Damit wird es gelingen" betonte Wohnbaustadtrat Johann Hatzl nach der Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates, "die für 1982 angekündigten 8.000 Wohnungen in Wien im Interesse der Wohnungssuchenden und der Wiener Bauwirtschaft zu fördern."#

Zwtl.: Energiesparen wird belohnt

Der Beirat beschloß einstimmig eine Anhebung des Pauschalpreises für energiesparende Maßnahmen bei der Wohnungsverbesserung. Der Einbau von Thermostatventilen, einer Temperatursteuerung oder einer Nachtabenkung wird ab 1.1.1983 mit einem Höchstbeitrag von 8.000 S, unabhängig von der Größe der Heizungsanlage, gefördert. (Forts.) fk/ap

NNNN

1982 werden in Wien 8.000 Wohnungen gefördert (2)

Utl.: Neue Förderungssätze für Fensteraustausch

=++++

6 Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Die Förderungssätze für den Austausch von Fenstern und Türen mit Isolierverglasung werden ab 1.1.1983 angehoben. Gleichzeitig wird aber auch ein höherer Wärmeschutz mit einem k-Wert 2,1, statt wie bisher 2,5, verlangt. Bei Fenstern und Türen, die zusätzlich noch einen besseren Schallschutz, mit einer Schalldämmung von mindestens 38 dB, aufweisen, wird der Förderungssatz nochmals erhöht.

Ein Beispiel: Für ein Fenster mit einer Stocklichte bis zu 2 Quadratmeter und einem k-Wert 2,5 betrug der Pauschalwert im Rahmen der Wohnungsverbesserung 8.000 S. Wenn dieses Fenster einen k-Wert von 2,1 aufweist, beträgt der Pauschalwert ab 1.1.1983 10.200 S, wenn zusätzlich die höhere Schalldämmung von 38 dB erreicht wird, beträgt der Pauschalwert 11.000 S.

Um der Industrie und denen, die noch nach den alten Bestimmungen einer Bestellung aufgegeben haben, eine Übergangsregelung einzuräumen, können Förderungen nach den alten Sätzen noch bis Ende Juni 1983 eingebracht werden. Ab 1. Juli 1983 gibt es dann Förderungen im Rahmen der Wohnungsverbesserung nur mehr nach den neuen Bestimmungen.

Zwtl.: Neue Eigenheime

Zur Wohnbauvereinigung "Neue Eigenheime", jene Genossenschaft, die seit Monaten für weitere Förderungen gesperrt ist, teilte Stadtrat Hatzl dem Wohnbauförderungsbeirat mit, daß noch keine Enderledigung der anstehenden Fragen vorliegt. Er verlange eine Erledigung bis Jahresende. Nach Vorliegen dieses Endberichtes könne es erst eine Entscheidung über das weitere Vorgehen geben. (Schluß)

fk/ko

NNNN

Gegen Zwangsbehandlung von Psychiatriepatienten (1)

Utl.: Erfolgreiche Wiener Psychiatriereform

=++++

7 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Gegen die im Entwurf zum neuen Psychiatriegesetz vorgesehene Zwangsbehandlung von Psychiatriepatienten, für eine Abschaffung der Geisteskrankenkartei der Polizei und den sofortigen Stopp des Einsatzes von Psychiatriegutachten in Zivilprozessen sprachen sich die Teilnehmer eine Diskussionsveranstaltung der "Arbeitsgemeinschaft Psychiatriereform" Mittwoch abend im großen Hörsaal der Psychiatrischen Universitätsklinik aus. Die Veranstaltung fand über Einladung der Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit den Angehörigenvereinen "Interessensgemeinschaft für psychisch Kranke" und "Integration" statt. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich bekanntlich seit vielen Jahren für forcierte Reformmaßnahmen in der Psychiatrie, wie etwa die berufliche Rehabilitation psychisch Kranker ein, und hat in den vergangenen Jahren zahlreiche kulturelle Veranstaltungen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe durchgeführt. Der Verein "Integration" setzt sich aus verschiedenen Selbsthilfe- und Angehörigengruppen zusammen.

Dr. Michael LEODOLTER, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Psychiatriereform, unterstrich die Notwendigkeit einer menschlichen Psychiatrie. Dafür wäre es aber notwendig, jegliche Form der Zwangsbehandlung abzuschaffen. Ebenso fordert die Arbeitsgemeinschaft die sofortige Abschaffung der mittelalterlichen und in keinem europäischen Staat in dieser Form vorhandenen Einrichtung der Geisteskrankenkartei der Polizei. Ebenso werden von der Arbeitsgemeinschaft immer wieder angewandte Psychiatriegutachten in Zivilprozessen, so z.B., wenn Frauen in Scheidungsverfahren gegen ihren Willen psychiatrisch untersucht werden, abgelehnt. (Forts.)
zi/bs

Gegen Zwangsbehandlung von Psychiatriepatienten (2)

Utl.: Psychiatriereform: 1.450 Patienten weniger

=++++

8 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Veranstaltung vermittelte der Chefarzt des psychosozialen Dienstes und Psychiatriebeauftragte des Wiener Gesundheitsstadtrates Dr. Stefan RUDAS einen Überblick über die zahlreich gesetzten Maßnahmen der Wiener Psychiatriereform, die auch international anerkannt werden. Wie schnell diese Reform weiter fortgesetzt werden kann, wird, wie Rudas erklärte, einerseits von den in der Psychiatrie tätigen und andererseits von den neuen Psychiatriegesetzen abhängen. Laut Dr. Rudas konnte innerhalb der letzten drei Jahre die Zahl der Patienten in den psychiatrischen Krankenhäusern Baumgartner-Höhe und Ybbs um 1.450 Patienten reduziert werden. Voraussetzung dafür war die Schaffung verschiedener Einrichtungen der Nachbetreuung wie etwa von über 300 Wohnplätzen in Übergangsheimen und die Inbetriebnahme des Berufsrehabilitationszentrums in Floridsdorf. Damit wurde vermieden, daß die Psychiatriereform auf Kosten der Patienten und deren Angehörigen - etwa durch eine spektakuläre Öffnung und Entleerung der Anstalten - erfolgt, schloß Rudas. (Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Dringliche Anfragen und Anträge

=++++

9 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages am Mittwoch wurde unter Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH um 9 Uhr eröffnet. Die SPÖ brachte einen DRINGLICHE ANFRAGE an den Landeshauptmann betreffend die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Dürnröhr ein, die ÖVP eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend die Aufhebung der Verordnung über die Emissions-Höchstwerte von Dampfkesselanlagen sowie Aufrechterhaltung des Einspruchs gegen Dürnröhr. Beide dringlichen Anfragen werden laut Geschäftsordnung vor Schluß der öffentlichen Sitzung debattiert werden.

Seitens der ÖVP liegen ANTRÄGE auf eine einheitliche, rechtliche Regelung des Wohnungsneubaues und der Stadterneuerung sowie auf eine Streichung der Getränkesteuer bei alkoholfreien Getränken und Speiseeis vor, seitens der SPÖ ein ANTRAG auf Änderung des Vergnügungssteuergesetzes. Die Anträge werden zugewiesen. (Forts.)
roh/ap

Wiener Landtag (2)

Utl.: Jagdgesetz

=++++

10 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA beantragte eine Änderung des Wiener Jagdgesetzes. Am 30. Juni 1982 hatte der Wiener Landtag eine Novelle zum Wiener Jagdgesetz beschlossen, der von der Bundesregierung in einigen Teilen, die die Mitwirkung von Bundesorganen betrafen, die Zustimmung verweigert wurde. Diese Rumpfnovelle soll durch die neuerliche Vorlage, die mit dem Bund abgesprochen ist, ersetzt werden.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) erklärte, er stimme der Vorlage inhaltlich zu, habe aber formalrechtliche Bedenken. Durch den Einspruch der Bundesregierung habe die Gesetzesnovelle vom 30. Juni ihre Rechtswirksamkeit verloren, trotzdem sei sie mit Auslassungen vom Landeshauptmann kundgemacht worden. Das kundgemachte Gesetz ist damit ein anderes als das im Landtag beschlossene. Eine "teilweise" Kundmachung sei in der Verfassung nicht vorgesehen.

StR. NEKULA stellte in seinem Schlußwort fest, daß nur Teile der Gesetzesnovelle durch den Einspruch der Bundesregierung aufgehoben worden seien, der Rest habe seine Gültigkeit behalten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde angenommen.

(Forts.) roh/ap

Wiener Landtag (3)

Utl.: Novelle zum Wasserversorgungsgesetz

=++++

11 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) legte den Entwurf einer Novelle zum Wasserversorgungsgesetz vor. Nach dieser Novelle soll die bisherige Art der Anschlußgebühr an das öffentliche Wassernetz grundsätzlich geändert werden. Nach der bisherigen Regelung muß derjenige, der als erster einen Anschluß an das öffentliche Wassernetz wollte, den vollen Betrag aufbringen, und jeder weitere hatte dann nurmehr die Kosten ab der Abzweigung zu entrichten. Diese ungerechte Art der Gebühreneinhebung soll nun durch eine einheitliche ersetzt werden.

LAbg. KUCHAR (FPÖ) bedauerte, daß diese notwendige gesetzliche Änderung so spät erfolgt. Namens seiner Fraktion vermisse er aber eine Regelung für jene Anschlußwerber, die bisher durch den Bau eines eigenen Brunnens und einer eigenen Abwasserbeseitigung für sich selbst vorgesorgt haben. Zahlreiche Siedler sind durch die Grundwasserverunreinigung ohne ihr eigenes Verschulden nun gezwungen, trotz der Eigenvorsorge an das öffentliche Wassernetz angeschlossen zu werden.

KUCHAR stellte einen ZUSATZANTRAG, daß in diesen Fällen eine Befreiung von der Abgabe beim Wasseranschluß erfolgen sollte, wenn das Wasser der Siedler ohne eigenes Verschulden durch Grundwasserverseuchung für den menschlichen Genuß unbrauchbar geworden ist. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (4)

Novelle zum Wasserversorgungsgesetz

=++++

12 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) LAbg. DALLER (ÖVP) begrüßte diese Novelle, kritisierte jedoch, daß keine Vorsorge für jene Siedler getroffen worden sei, die ohne eigenes Verschulden ihre bisherigen Hauswasseranlagen nicht benützen können. Daller stellte den ANTRAG, daß auf die Entrichtung einer Anschlußabgabe bei Vorliegen besonderer Härtefälle, zu denen auch eine Verunreinigung des Grundwassers zählt, teilweise beziehungsweise zur Gänze verzichtet werden kann.

Finanzstadtrat MAYR verwies darauf, daß die Wiener Abgabenordnung aus dem Jahr 1962 bereits die Möglichkeit zulasse, die Einhebung einer Abgabenschuld bei unbilliger Härte zu erlassen.

ABSTIMMUNG: Die Novelle wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Zusatzantrag der FPÖ wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Dringliche SPÖ-Anfrage über Dürnrohr

=++++

13 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Dem Landtag lag folgende dringliche Anfrage der SPÖ an den Landeshauptmann vor:

1. Welche Zusagen haben NEWAG und Verbundgesellschaft in Zusammenhang mit der Entschwefelung des Kohlekraftwerkes Dürnrohr im Beisein von Bundesminister Dr. Josef STARIBACHER und Landeshauptmann Siegfried LUDWIG gemacht?

2. Sind Vorsorgen getroffen, daß bei weiteren Fortschritten der Technik, die einen höheren Entschwefelungsgrad ermöglichen würden, entsprechende Einbauten durch die Verbundgesellschaft vorgenommen werden?

3. Sind Sie der Meinung, daß die zwischen Ihnen, dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Landeshauptmann von Niederösterreich getroffenen Vereinbarungen ihren vollen Niederschlag im behördlichen Bewilligungsverfahren finden müssen?

4. Sind Sie der Auffassung, daß mit den vorgesehenen Maßnahmen die schwere Gefährdung des Wiener Waldes beseitigt ist?

Zur Begründung der dringlichen Anfrage meldete sich LAbg. EDLINGER (SPÖ) zu Wort. Bei der Errichtung neuer Kraftwerke seien auch umweltpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Es liegt im Interesse der Stadt Wien, beim Bau des Kraftwerks Dürnrohr für eine optimale Entschwefelung einzutreten.

Bei der Aussprache mit Minister Staribacher und Landeshauptmann Ludwig wurden bestehende Unklarheiten beseitigt. Es wurde verbindlich festgelegt, eine dem letzten Stand der Technik entsprechende Entschwefelung vorzusehen. Der ÖVP warf Edlinger eine Mehrfachstrategie vor. Die Aussagen von Landeshauptmann Ludwig und Vizebürgermeister BUSEK seien widersprüchlich. Die dringliche Behandlung der Anfrage sei notwendig, damit alle Landtagsabgeordneten den gleichen sachlichen Informationsstand haben.
(Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Gratz beantwortet Dürnröhr-Anfrage (1)

=++++

14 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) "Über das Kraftwerk Dürnröhr wurde in der Öffentlichkeit viel Interessantes, manchmal Unsachliches und manchmal Unrichtiges gesagt", erklärte Landeshauptmann Leopold GRATZ bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage der SPö. Oft seien sogar die Voraussetzungen unbekannt gewesen. Diese sind: Die Verbundgesellschaft und die Newag errichten in Dürnröhr gemeinsam ein Kohlekraftwerk. Der Verbundteil soll 1984 in Betrieb gehen, der Newagteil 1985/86. Bei der Debatte der letzten Wochen ging es nicht um die Baugenehmigung für das Kraftwerk, die längst erteilt ist, sondern um die Baugenehmigung für die Filteranlagen zur Entschwefelung der Abgase.

"Es ging der Stadt Wien und mir persönlich niemals darum, das Kraftwerk Dürnröhr zu verhindern", betonte Gratz und stellte fest, daß es in dieser Frage eine doppelte Verantwortung gebe: Erstens die Verantwortung für eine sichere Energieversorgung, vor allem auch mit der umweltfreundlichsten Energie, der Elektrizität; und zweitens die Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung. Es geht darum, eine optimale Kombination zwischen beidem zu erreichen. (Forts.) sti/bs

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Gratz beantwortet Dürnrohr-Anfrage (2)

=++++

15 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Gratz verwies darauf, daß der Einspruch der Stadt Wien erfolgte, damit mündliche Zusagen auf optimale Entschwefelung auch schriftlich wiederholt werden. Er erinnerte daran, daß er erklärt habe, entsprechende Zusagen der verantwortlichen Politiker seien genügend. Ein großer Teil der österreichischen Politik, angefangen von der Sozialpartnerschaft, beruhe darauf, daß Zusagen verantwortlicher Politiker immer gehalten haben.

Im nun durchgeführten Gespräch, das Gratz mit den Verantwortlichen der NEWAG und der Verbundgesellschaft in Anwesenheit von Minister Dr. Staribacher und Landeshauptmann Ludwig geführt hat, wurden die verlangten Zusagen erteilt. Vor allem erklärte Landeshauptmann Ludwig, daß unabhängig von den Bestimmungen des Baubescheides für die jeweils bestmögliche Entschwefelung gesorgt werde.

In Briefen der Verbundgesellschaft und der NEWAG wird klargestellt, daß über die Vorschreibungen im Baubescheid hinaus eine 80prozentige Erfassung der Rauchgase durchgeführt wird, wobei die nötige Wiederaufheizung der Abgase durch Wärmetauscher erfolgt. Der Baubescheid schreibt nur die Erfassung von 66 Prozent der Abgase vor. Das bedeutet eine Verminderung der Schwefeldioxydabgabe um 330 Kilogramm pro Stunde.

Weiters wurde zugesagt, daß mit Inbetriebnahme von Dürnrohr der 80-MW-Block im Kraftwerk Korneuburg, der mit schwerem Heizöl betrieben wird, in die "stehende Reserve" übernommen wird. Das heißt, er wird stillgelegt und nur dann in Betrieb genommen, wenn die Gefahr von Stromabschaltungen besteht. Schließlich erhielt Wien auch das geforderte Einschaurecht in das Emissionsnetzsystem in Niederösterreich. (Forts.) sti/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Gratz beantwortet Dürnröhr-Anfrage (3)

=++++

16 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Gratz verwies weiters darauf, daß die in Dürnröhr stationierte Kraft-Wärme-Kupplung 30.000 Einzelheizungen durch Fernwärme ersetzen wird, und daß zugesagt wurde, im Werk Pischelsdorf der Donau-Chemie das bisher verwendete Schweröl durch Erdgas zu ersetzen. Gratz befaßte sich schließlich mit der Diskussion um die Wiener E-Werke. Er habe nur für Dürnröhr die jetzt vereinbarte Entschwefelung verlangt, nicht auch die Umrüstung der bestehenden niederösterreichischen E-Werke. Es sei selbstverständlich, daß jedes Kraftwerk beim Bau nur entsprechend dem Stand der Technik ausgerüstet werden könne. Das sei beim Bau der Wiener E-Werke geschehen. Darüber hinaus verwenden die Wiener E-Werke zum Unterschied von anderen Werken in Österreich schwefelarmes Heizöl und feuern Erdgas zu. Trotzdem arbeiten die Wiener E-Werke an einem Etappenplan für eine weitere Reduktion der Emmissionen, die im Endergebnis auf ein Drittel der jetzigen vermindert werden. "Unter Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte kann ich behaupten, daß alle Beteiligten verantwortungsbewußt gehandelt haben", erklärte Gratz. (Forts.)
sti/bs

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Dürnrohr-Debatte

=++++

17 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Labg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte das Zurückziehen des Einspruchs der Stadt Wien gegen den Baubescheid für das Kraftwerk Dürnrohr als Kapitulation vor angeblichen technischen Zwängen auf Kosten einer gesunden Umwelt. Pawkowicz bemängelte, daß Bürgermeister GRATZ nicht darauf bestanden habe, den technisch höchstmöglichen Entschwefelungsgrad von 80 bis 90 Prozent im Baubescheid für Dürnrohr schriftlich festlegen zu lassen. Man habe sich fürs erste mit mageren 64 Prozent begnügt, alles andere seien freiwillige Versprechungen, deren Durchführung nicht zu erzwingen sei. Damit halte man in der vom Bürgermeister von Zwentendorf erteilten Baubewilligung für die NEWAG und für die Verbundgesellschaft bei einem Entschwefelungsgrad von 800 Milligramm SO₂ pro Kubikmeter. Das sei das Doppelte des technisch Möglichen. Damit entspreche die Entschwefelung zwar dem letzten gesetzlichen Stand in Österreich, nicht jedoch den Notwendigkeiten im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dürnrohr-Debatte

=++++

18 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Labg. HIRSCH (SPÖ) sagte, man sollte die Zusagen von Fachleuten nicht einfach in den Wind schlagen. In Wien gibt es zwei große kalorische Kraftwerke - in Simmering und der Donaustadt -, die zu ihrer Zeit nach dem letzten Stand der Technik ausgeführt wurden. Diese beiden Kraftwerke verbrauchten in den letzten beiden Jahren weniger Heizöl schwer als geplant zugunsten des umweltfreundlicheren Erdgases. In den Berichten des angesehenen Wirtschaftsforschungsinstitutes werde darauf hingewiesen, daß Wien den Einsatz von Erdgas stark forciert und damit zur Luftreinhaltung beiträgt. Der Einsatz von Strom für die Beheizung bringt, so Hirsch, Vorteile für die Luftreinhaltung. 10 Prozent der Wiener Haushalte werden mit Strom beheizt.

Die Abluftfilterung beim Kraftwerk Dürnrohr ist maßgeblich für die Wiener Luftqualität. Die Wiener Sozialisten haben das bestmögliche gemacht, um in diesem Zusammenhang in den nächsten Jahren die Luftreinhaltung nach dem letzten Stand der Technik zu gewährleisten. (Forts.) and/ap

Wiener Landtag (11)

Utl.: Dürnröhr-Debatte

-++++

20 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung erklärte Landeshauptmann Leopold GRATZ, für ihn sei es wesentlich gewesen, vor der Behandlung seines Einspruches die firmenmäßige Zusicherung über die sofortige Inbetriebnahme der ursprünglich für die zweite Etappe vorgesehenen Maßnahmen zur Entschwefelung zu haben. Damit wird der 64prozentige Wirkungsgrad zur ersten Etappe und die zweite Etappe wird sofort durchgeführt, wenn die technischen Möglichkeiten gegeben sind.

Die österreichische Innenpolitik, betonte Gratz, die seit 38 Jahren gut funktioniert, beruht auf dem Vertrauen auf mündliche Zusagen von politischen Funktionären auch anderer Parteien sowie auf der Kooperation auf vielen Gebieten. Darüber hinaus ist aber die Vereinbarung auch einklagbar, weil sie von drei Gesellschaften firmenmäßig unterfertigt ist.

Landeshauptmann Gratz faßte dann die Antwort auf die vier Fragen der SPÖ-Anfrage zusammen.

Bei der ersten Frage nach den Zusagen von NEWAB und Verbundgesellschaft verwies er auf seine erste Wortmeldung.

Zur zweiten Frage nach den Vorsorgen für zusätzliche Einbauten erklärte Gratz, Landeshauptmann LUDWIG habe zugesagt, daß jeweils auch schon vor Ablauf der Frist von drei Jahren oder sogar schon vor Beginn dieser Frist die dem letzten Stand der Technik entsprechenden Vorschriften gemacht werden.

Zur dritten Frage nach dem Niederschlag dieser Vereinbarungen im behördlichen Bewilligungsverfahren stellte Gratz fest, daß das Land Wien einklagbare Zusagen der Firmen habe, die über das hinaus gingen, was im Bewilligungsverfahren festgelegt wurde und wovon nicht sicher ist, ob es im Berufungsverfahren auch erweitert wird. Auch falls dieser Bescheid bei 54 Prozent bleibe, hätten wir nun die firmenmäßige Zusage auf 64 Prozent, was nur durch diese Vorgangsweise zu erreichen war.

"Ich bin der Meinung, daß die schwere Gefährdung des Wienerwaldes beseitigt ist", erklärte Gratz abschließend zur vierten Frage. (Forts.) roh/bs

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

21 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die dringliche ÖVP-Anfrage lautet: "Wann werden Sie im Interesse der Wiener Landesregierung vorschlagen, gemäß Art. 139, Abs. 1 B-G beim Verfassungsgerichtshof, den Antrag auf Gesetzeswidrigkeit der Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 1. September 1982 über die Begrenzung der Emissionen von Dampfkesselanlagen (1. Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz) zu stellen."

LAbg. Dr. Marillies FLEMMING (ÖVP), begründete die dringliche Anfrage, mit dem Hinweis darauf, daß die Wissenschaftler bereits seit vielen Jahren vor einer drohenden Umweltkatastrophe warnen. Trotz dieser Warnungen würden aber die Kohle- und Ölkraftwerke, sowie die Müllverbrennungsanlagen weiterhin bedenkenlos Gift- und Schadstoffe produzieren. Jetzt drohe durch das Kohlekraftwerk Dürnrrohr für Wien eine weitere große Umweltbelastung. StR. SCHIEDER habe bereits im Jänner 1980 die Auswirkungen des Kohlekraftwerkes Dürnrrohr für die Wiener Umwelt aufgezeigt. Es ist heute technisch durchaus möglich, die Abgase neu errichteter Kohle- und Ölkraftwerke bis zu 90 Prozent unschädlich zu machen. Im Interesse der Wiener Bevölkerung solle daher der Verfassungsgerichtshof angerufen werden, um die 1. Durchführungsverordnung zum Dampfkessellemissionsgesetz aufzuheben. Die in dieser Verordnung vorgesehenen Grenzwerte für Schwefeldioxyd-Emissionen entsprechen schon lange nicht mehr dem Stand der Technik, wie es das Gesetz verlangt. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

22 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Der erzielte Kompromiß entspricht im wesentlichen dem Angebot der Kraftwerksbetreiber Verbundgesellschaft und NEWAG, kritisierte Landeshauptmannstellvertreter Dr. BUSEK (ÖVP). Die Neue Züricher Zeitung verweist auf eine schon lange Zeit bestehende Vereinbarung zwischen Wien und Niederösterreich, wonach Wien auf den Einspruch gegen den Kraftwerksbau verzichtet. In den Gremien der Stadt Wien wurde über die Frage des Einspruchs gegen Dürnrrohr nie berichtet. Der ÖVP geht es darum, Schäden hintanzuhalten und die Grenzen der SO₂-Emissionswerte herabzusetzen.

Was technisch möglich ist, ist auch unter Technikern umstritten. Die Politik jedenfalls hat der Technik Aufgaben zu stellen, und die Technik hat sie zu lösen. Er habe volles Vertrauen in die Fähigkeiten der österreichischen Wissenschaftler und Techniker, sagte Busek. Vielleicht wird es notwendig sein, beim Bau des Kraftwerkes ein anderes System zu verwirklichen.

Im Zusammenhang mit dem Einspruch gegen Dürnrrohr wurde ein Verwirrspiel für den Bürger aufgeführt, das letztlich wie das Hornberger Schießen ausging. Nun wird versucht, etwas als gute Lösung zu verkaufen, was vorher nicht akzeptiert worden war. Auch SPÖ-Mandatäre waren vorher der Meinung, daß technisch mehr möglich sein muß. BUSEK schlug vor, eine unabhängige Kommission zur Prüfung dieser Fragen einzusetzen und erst danach eine Entscheidung zu treffen, die auf jeden Fall eine Entscheidung für die Gesundheit der Wiener sein müsse. Landeshauptmann GRATZ forderte er auf, den Einspruch aufrecht zu erhalten. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

23 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Labg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte die dringliche Anfrage der ÖVP. Von einer solchen Maßnahme wäre eine Verbesserung der Umweltsituation zu erwarten, sagte Pawkowicz und daher werde er diesbezügliche Bemühungen unterstützen. Allerdings sei zu bemerken, daß eine Reihe von Bundesländern mit ÖVP-Mehrheit und davon im Falle Dürnrrohr insbesondere Niederösterreich keinerlei Bemühungen in dieser Richtung setzen. Pawkowicz forderte daher von der Wiener ÖVP, über die Grenzen des Landes Wien hinaus aktiv zu werden und die ÖVP-Mandatare in den anderen Bundesländern zu motivieren, sich für eine umweltfreundliche Energiegewinnung einzusetzen. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (15)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

24 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) bezeichnete die Vereinbarung zwischen GRATZ und LUDWIG als eine Herausforderung an die österreichischen Firmen und eine großartige technische Aufgabenstellung. Die Zielvorstellung ist eine hundertprozentige Erfassung der Rauchgase und damit eine 90-prozentige Entschwefelung. BUSEK habe zwar sehr schön gesprochen, aber inhaltlich leer. "Selbst wenn es nichts sagt, sagt er das wunderschön", meinte SCHIEDER zu Dr. BUSEK gewandt. "Worte und Kommissionen sind wichtig, damit wird aber kein SO-2 aus den Abgasen herausgefiltert". Diese nun getroffene Vereinbarung gibt eine größere Sicherheit, und das Endziel der hundertprozentigen Rauchgaserfassung wird ernsthaft angestrebt. Dazu kommt, daß das Kohlekraftwerk Korneuburg I in die stehende Reserve übernommen wird, was als echter Erfolg zu werten ist.

"Es gibt kein Kraftwerk, das die Luft verbessert", betonte Stadtrat SCHIEDER, "aber wir haben erreicht, daß es nicht schlimmer wird." Zum Argument von Dr. BUSEK, das Beispiel Mellach in der Steiermark nachzuahmen, meinte SCHIEDER, daß diese Lösung nicht möglich sei. Selbst die NEWAG habe mitgeteilt, daß die Forderung des steirischen Landeshauptmannes in Mellach selbst nicht verwirklicht werden könne. "Dieser Vorschlag ist daher keine Lösung."

"Es geht in Wirklichkeit darum", sagte SCHIEDER, "daß außerhalb von Wien ein Kraftwerk errichtet wird und Wien verhindern möchte, daß schädliche Abgase unser Land bedrohen. Hier wird das

Wiener Landtag (16)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

25 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) wies darauf hin, daß nach Inbetriebnahme des Kraftwerkes Dürnrrohr stündlich zwei Tonnen Giftgase nach Wien geblasen würden. Stadtrat SCHIEDER warf er vor, bis 1982 das Kraftwerk skeptisch beurteilt, jetzt aber die Position geändert zu haben. Obwohl er, Schieder, noch im Juni davon gesprochen habe, ohne Entschwefelung aller Abgase müsse mit großen Umweltschäden gerechnet werden, wurde in der Baubewilligung eine 53prozentige Entschwefelung als letzter Stand der Technik bezeichnet. Im Oktober 1982 dürfte der Landeshauptmann erkannt haben, so Hawlik, welche schweren Umweltschäden für Wien zu befürchten sind, und er hat daher Einspruch gegen die Baubewilligung erhoben. HAWLIK unterstrich, der steirische Landeshauptmann Krainer habe verlangt, das Kraftwerk Mellach dürfe nur in Betrieb gehen, wenn die Abluft zu 90 Prozent entschwefelt wird. Von Dürnrrohr werden indessen bald täglich 38 Tonnen Giftstoffe nach Wien geweht werden. LAbg. HAWLIK erklärte, daß starke Schwefeldioxydbelastungen auch vom Kraftwerk Simmering ausgehen, und erst heute sei der Landtag informiert worden, daß die Stadtwerke etappenweise Filter einbauen werden. Den Landeshauptmann forderte HAWLIK auf, diesen Etappenplan vorzulegen. Er sagte weiter, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Planungsstadium für Kraftwerke bereits auf jenen Stand der Technik Rücksicht genommen wird, wie er in fünf oder zehn Jahren zur Verfügung steht, wenn das Kraftwerk fertig ist. Er stellte die Frage, ob mit dem für Dürnrrohr gewählten Verfahren im weiteren Ausbau die Rauchgase zu 100 Prozent erfaßt werden können und eine 90prozentige Entschwefelung möglich ist. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (17)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

26 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) erinnerte daran, daß mit Felix Slavik schon einmal ein Wiener Bürgermeister an seinem Verhältnis zur Umwelt gescheitert ist. Die Entscheidung von Bürgermeister GRATZ, den Einspruch gegen Dürnrrohr zurückzuziehen, gefährde nicht nur dessen Karriere, sondern die gesamte Wiener Bevölkerung. Die sozialistische Umweltpolitik bestehe überhaupt aus einer Fülle falscher Entscheidungen.

Während man in Dürnrrohr auf eine 64-prozentige Entschwefelung hinarbeitet, wird in deutschen Kohlekraftwerken mit dem "Naßverfahren" bereits eine 90-prozentige Reduktion der SO₂-Emissionen erreicht. Das in Österreich verwendete Verfahren werde nie mehr als 80 Prozent erreichen. Sozialistische Politiker wie Landeshauptmann GRATZ, Stadtrat SCHIEDER, LAbg. SALLABERGER haben in der Vergangenheit immer wieder Bedenken gegen das in Dürnrrohr verwendete Verfahren geäußert, die jetzt seit wenigen Tagen scheinbar plötzlich ausgeräumt sind. Es sei kein Wunder, daß es durch solche Meinungsänderungen zur Politikverdrossenheit komme.

Während in Deutschland die Schwefeldioxyd-Emissionen pro Kubikmeter seit 1. September 1982 mit 400 Milligramm für in Bau befindliche Anlagen begrenzt sind, sind bei uns durch die neueste Verordnung des Bautenministeriums 840 Milligramm erlaubt, obwohl das nicht dem letzten Stand der Technik entspricht. Das widerspreche nicht nur dem Dampfkesselsemissionsgesetz, sondern auch den Konventionen der UN-Wirtschaftskommission.

LAbg. Dr. Marilies Flemming ersuchte abschließend dringend, im Interesse der Gesundheit aller Wiener die gegenständliche Verordnung wegen ihrer Gesetzeswidrigkeit anzufechten. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Landtag (18)

Utl.: Dringliche öVP-Anfrage

=++++

27 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) LAbg. OUTOLNY (SPÖ) warf der öVP vor, kein Interesse an einer sachbezogenen Diskussion und an einer vernünftigen Problemlösung zu haben, sondern ihr ganzes Gewicht in Taktik und Show zu legen. Kleinkraftwerke sind mit Großanlagen nicht unmittelbar vergleichbar. Warum klärt die öVP die Fragen im Zusammenhang mit Dürnröhr nicht mit ihrem Parteifreund Landeshauptmann LUDWIG? Es sei Demagogie, wenn die öVP im Parlament zuerst gegen ein Gesetz als zu weitgehend stimme und dann das, was in Folge dieses Gesetzes geschieht, als noch unzureichend bezeichnet.

Wien verfügt über ein ausgezeichnetes Meßnetz. In den letzten 15 Jahren wurde kein einziges Mal die Smog-Alarm-Stufe 1 erreicht. Die Luftqualität hat sich trotz steigendem Verkehr nicht verschlechtert, weil Wien wirksame Gegenmaßnahmen gesetzt hat. Umweltschutz kostet auch Geld, daß muß und die Gesundheits aber wert sein, schloß Outolny. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Landtag (19)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

30 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Labg. DDR. STRUNZ wies darauf hin, daß es über 100 Verfahren zur Abgasentschwefelung gibt, bei denen auch relativ einfach Gips als Endprodukt gewonnen werden kann. Derzeit wird im Ausland eine Reihe von Kraftwerken errichtet, deren Entschwefelungsgrad über 90 Prozent liegen wird. Man müsse allerdings, so Strunz, für einen 750 Megawatt-Block bei Errichtungskosten von 7 Milliarden Schilling zwei Milliarden für den Umweltschutz veranschlagen.

Zur Situation bei den bestehenden Wiener Kraftwerken sagte Strunz, daß diese neben einer zu hohen Schwefelemission auch das giftige Metall Kadium ausscheiden, das die Nierenfunktion beeinträchtigt und damit gesundheitsgefährdend ist. Rechne man noch die Bleiausscheidung durch den Kraftfahrzeugverkehr dazu, so sei es nicht sehr gut um die Wiener Luft bestellt. Gerade für Kraftwerke, die in der Stadt situiert seien, müsse man daher die bestmögliche Rauchgasreinigung fordern. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (20)

Utl.: Dringliche ÖVP-Anfrage

=++++

31 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) In seiner Anfragebeantwortung erklärte Landeshauptmann GRATZ, er werde der Landesregierung nicht empfehlen, daß Dampfkessel-Emissionsgesetz anzufechten. Einerseit sei in Deutschland der Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxyd erst ein Expertenentwurf und überdies würde in Deutschland als letzter Stand der Technik alles verstanden, was einen Erfolg erwarten lasse, während in Österreich unter dem Stand der Technik nur Anlagen aufgeführt werden, deren Funktionstüchtigkeit bereits erwiesen sei.

Auch meinte Gratz, ÖVP und SPÖ hätten hier die gleiche Zielsetzung, sie trenne nur die Frage, ob Unterschriften eines Bundesministers und eines Landeshauptmannes gleichgewichtig seien, wie ein Berufungsbescheid. Für ihn, Gratz, sei das der Fall.

Zur Debatte über die dringliche Anfrage meinte der Landeshauptmann, wenn Landeshauptmannstellvertreter BUSEK der SPÖ vorgeworfen habe, sich für Kooperation anzubiedern, so könne er ihm versichern, daß dies vor der Gemeinderatswahl sicher nicht mehr der Fall sein werde. Wenn überdies über die Glaubwürdigkeit der Politiker gesprochen worden sei, wolle er dazu drei Anmerkungen machen. Einerseits hätte er gerne dieselbe Debatte vor 1921 im gemeinsamen Wiener und Niederösterreichischen Landtag erlebt. Andererseits wolle er daran erinnern, daß der ÖVP-Nationalratsabgeordnete DDr. KÖNIG, das Dampfkessel-Emissionsgesetz nicht deshalb abgelehnt habe, weil es sowenig umweltfreundlich sei, sondern er habe damals von wirtschaftsgefährdend und einem Arbeitsplatzvernichtungsgesetz gesprochen. Und letztlich meinte der Landeshauptmann, wenn ÖVP-Landtagsabgeordnete in verschiedenen Gremien und bei verschiedenen Anlässe, darauf hinweisen, wie krank und unlebenswert Wien sei, sei es doch merkwürdig, wenn die ÖVP-Mitglieder im Fremdenverkehrsverband im Ausland auch noch Reklame für dieses kranke Wien machen. (Forts.) rü/ap

NNNN

Wiener Landtag (21)

=+++++

32 Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Abschließend meldete sich LAbg. Dr. MAUTHE (ÖVP) zu einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG zu Wort. Er sagte, er sei im Linzer Volksblatt unrichtig wiedergegeben worden. Dort hatte es geheißen, er habe behauptet, aus einem häßlichen Wien sei ein giftiges Wien geworden. Mauthe erklärte, er habe in einem Brief an das Volksblatt deponiert, daß diese Aussage weder wörtlich noch dem Sinn von ihm stammt.

Landeshauptmann GRATZ sagte, aufgrund dieser Mitteilung ziehe er seine an die Zeitungsmeldung geknüpften Schlußfolgerungen zurück. Ende des Sitzungsberichtes. (Schluß) and/sim

NNNN

Weihnachtsausstellung in der Volkshalle

=++++

19 #Wien, 17.11. (RK-KULTUR) Vom 21. November bis 26. Dezember ist heuer wieder in der Volkshalle des Wiener Rathauses die traditionelle Weihnachtsausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien zu sehen. Eine Reihe von Handwerkern, die ihr Können zeigen, tragen ebenso dazu bei, die Ausstellung lebendig zu gestalten, wie ein Kasperltheater für die Kinder und musikalische Darbietungen. #

So gibt es eine Stick-, Web- und Spinnstube, eine Keramikschule, Tiroler Schnitzer und Zuckerbäcker. Eine Modelleisenbahn bietet sich zum Spielen an, wer schmökern will, kann das in der Bücherecke tun. Bei einem "kleinen Braunen" kann man sich im Wiener Kaffeehaus entspannen. Das Kasperltheater gastiert jeweils am Freitag, Samstag und Sonntag sowie feiertags um 15 Uhr im Wappensaal des Rathauses, Chöre aus dem In- und Ausland sorgen für weihnachtliche Stimmung.

Radio Wien sendet täglich vom 22. bis 30. November von 15.05 bis 16 Uhr live aus der Volkshalle die Sendung "Musikbasar - das Wunschkonzert von Radio Wien". Besucher des Christkindlmarktes können dort gegen Abgabe einer Spende für die Aktion "Licht ins Dunkel" einen Musikwunsch aufgeben, der in einer späteren Sendung erfüllt wird. Außerdem finden Autogrammstunden berühmter Künstler statt.

Die Ausstellung - sie wird am 20. November um 17 Uhr von Bürgermeister Leopold GRATZ eröffnet - ist täglich von 10 bis 19 Uhr zugänglich. (Schluß) gab/gg

NNNN

"Z"-Spende für orthopädische Patienten

=++++

28 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Im Orthopädischen Spital der Stadt Wien - Gersthof, wurden die Einrichtungen der physikalischen Therapie, Ergotherapie, Unterwassertherapie und Heilgymnastik zur Nachbehandlung stationärer und ambulanter Patienten in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut. Nunmehr wurden diese therapeutischen Möglichkeiten durch eine zusätzliche Einrichtung verbessert: Durch die Zentralsparkasse und Kommerzbank wurde für die orthopädischen Patienten, die Gymnastik im Freien betreiben, mit einem Kostenaufwand von 100.000 S ein Umkleidepavillon aus Holz zur Verfügung gestellt. Mittwoch wurde die neue Einrichtung in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Dkfm. Hans HEMMELMAYER und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Rudolf JANECEK von Z-Direktionsrat Johann HOCK an den ärztlichen Leiter Univ.-Doz. Dr. Hermann NEUGEBAUER offiziell übergeben.

Zwtl.: 330 orthopädische Betten

In Wien gibt es seit vielen Jahren laut Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER einen Mangel an orthopädischen Betten. Bei Erstellung des Zielplanes für Wiens Krankenversorgung im Jahr 1973 gab es im städtischen Krankenhausbereich insgesamt 210 Betten. Zur Reduzierung dieses Mankos wurde deshalb die ehemalige Frauenklinik Gersthof - deren geburtshilfliche Abteilungen nicht ausgelastet waren - schrittweise in ein orthopädisches Krankenhaus umgewandelt. Zur Zeit gibt es in den städtischen Krankenanstalten insgesamt 330 orthopädische Betten, die Bettenauslastung beträgt über 86 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer 16,3 Tage. Beachtlich ist in diesem Zusammenhang auch, die Frequenz der orthopädischen Abteilungen durch Nicht-Wiener Patienten, sie liegt im Allgemeinen Krankenhaus zwischen 30 und 40 Prozent. (Schluß)

zi/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

33 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates (Vorsitz GR. MAYRHOFER, SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Die ERSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. PETRIK (ÖVP), welche Regelung im Hinblick auf die beabsichtigte Einführung eines Verfassungsschutzes für den Wienerwald betreffend die Kleingartenanlagen geplant ist, die sich im "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" befinden, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER, daß bis Jahresende eine Bestandsaufnahme der Gebäude in diesem Schutzgebiet abgeschlossen sein wird. Dies wird die Grundlage für Entscheidungen über die zielführendsten künftigen Regelungen sein. Soweit bisher festgestellt wurde, gibt es 1.751 nichtbewilligte Gebäude, davon sind 346 ganzjährig bewohnt. 44 Kleingartenanlagen entsprechen im wesentlichen den Bestimmungen des Kleingartengesetzes, für die anderen muß man eine in jeder Hinsicht vertretbare Lösung gemeinsam mit den Bezirkskleingartenkommissionen finden. Eine neue Regelung muß aber auch für die Abgrenzung des Wald- und Wiesengürtels gefunden werden: derzeit befinden sich Kleingartenanlagen im Schutzgebiet, während gänzlich unbebaute Gebiete, die zur Einbeziehung in diese Widmungskategorie geeignet wären, als Bauland gewidmet sind. In dieser Angelegenheit wird eine Kommission geschaffen, in der fünf Ressorts der Stadtverwaltung zusammenarbeiten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie lange diese Überprüfung dauern wird, und ob er sich dafür verwenden werde, daß abgesiedelten Kleingärtnern Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt werden, erklärte Wurzer, daß die Erfassung der Kleingartenanlagen Ende des Jahres abgeschlossen sein wird: dies und die Abgrenzung des Schutzgebietes, nicht jedoch die Zurverfügungstellung von Grundstücken fallen in sein Ressort. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es zweckmäßig sei, zuerst Probleme zu sanieren und dann Verfassungsschutz zu gewähren, antwortete Wurzer, daß beide Erhebungen gleichzeitig abgeschlossen sein werden und die Abgrenzung des Wald- und Wiesengürtels dann Sache des Gemeinderates ist.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

34 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEEBÖCK (SPÖ), welche Stellung er als amtsführender Stadtrat zu einer Zeitungsmeldung über die Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Verkehrstechnik der Universität Wien über die Entscheidung der U 3 beziehe, antwortet StR. Univ. Prof. Dr. WURZER, daß es sich weder um eine wissenschaftliche Untersuchung der technischen Universität, noch um eine solche des Instituts für Verkehrsplanung handelt, sondern um die Arbeit von fünf Studenten unter der Leitung von Prof. Knoflacher. Auf Anfrage habe Prof. Knoflacher mitgeteilt, daß es sich um eine studentische Übungsarbeit handelt, die nicht für reale Entscheidungen dienen kann. Wurzer führte weiter aus, daß bei dieser Arbeit wichtiges Zahlenmaterial, das den Planungsfachleuten zur Verfügung steht, nicht verwendet wurde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er etwas unternommen habe, damit solche irreführenden Meldungen in Hinkunft unterbleiben, antwortete StR. WURZER, er sei der Meinung, daß eine öffentliche Einrichtung die Ergebnisse einer Studienarbeit einer Gebietskörperschaft zumindest gleichzeitig mit den Medien zur Verfügung stellen müßte. Die in diesem Fall gewählte Vorgangsweise halte er nicht für zielführend für das Ansehen der technischen Wissenschaften.

Auf einen diesbezüglichen Brief an Prof. Knoflacher habe er die Antwort erhalten, daß die Hochschüler zu Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet sind. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

=++++

35 Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR KNEIDINGER (SPÖ), ob es aufgrund der Ankündigung, daß die Kreditzinsen reduziert werden, zu einer Senkung der Mietzinse bei kommunalen Wohnungen kommen werde, antwortete StR. HATZL (SPÖ), die Magistratsabteilung 52 werde selbstverständlich auch eine Reduktion der Mietzinse vornehmen, sobald das Ausmaß der Reduktion der Kreditzinsen bekannt sei.

Auf die ZUSATZFRAGE, welche Auswirkungen die Senkung der Kreditzinsen auf die Annuitätenzuschüsse haben werde, antwortete StR. HATZL, derzeit gebe es mit Annuitätenzuschüssen von 50 Prozent eine Kostenteilung, die Zinssatzreduktion werden den Mietern also auch zur Hälfte zugute kommen. Es sei jedoch sogar in Überlegung, den Mietern eventuell die volle Zinssatzsenkung anzurechnen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR Ing. SVOBODA (SPÖ), welche zentralen Heizungsanlagen in letzter Zeit im städtischen Wohnhausneubau installiert worden seien, antwortet StR. HATZL, daß seit Jänner 1979 von etwa 10.000 neuen Wohnungen, die übergeben wurden, 5.076 mit Fernwärme ausgestattet sind, 2.975 über Blockheizwerke verfügen, 1.318 über Kesselhausheizungen und der Rest über Gasetagenheizungen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche technischen Neuerungen in diesem Zeitraum zur Anwendung kamen, nannte StR. HATZL folgende Beispiele: In einer Wohnhausanlage wurde ein Kesselhaus der Heizbetriebe mit drehzahlgesteuerter Pumpe eingebaut. In Reihenhäusern im 23. Bezirk und am Flötzersteig wurden Versuche mit Sonnenkollektoren und Fußbodenheizungen durchgeführt. Auch Kombi- und Heizthermen stehen in diesen Reihenhäusern in Verwendung. Die Magistratsabteilung 32 sei prinzipiell bemüht, technische Neuerungen, sobald sie ausgereift sind, in der Praxis einzusetzen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Mietern die Möglichkeit gegeben werden könne, ihre Heizungen mit Regelventilen zu versehen, erklärte HATZL, daß in allen ausgeschriebenen Heizungen auf Wunsch der Mieter Thermostatventile ohne besonderen Aufwand eingebaut werden können.

(Forts.) roh/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

36 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP), wie hoch bisher die Kosten der baulichen Herstellung für das selbstverwaltete Kommunikationszentrum "Gassergasse" im 5. Bezirk waren, antwortete StR. HATZL, heuer sei ein Sachkredit von einer Million genehmigt worden. Überdies seien schon vorher kleinere Beträge mit einer Gesamtsumme von rund 25.000 Schilling bereitgestellt worden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob damit auch vorgesorgt worden sei, daß die sicherheitstechnischen und feuerpolizeilichen Auflagen für den Gebäudekomplex erfüllt worden seien, sagte StR. HATZL, daß aufgrund eines Berichtes der Magistratsabteilung 36 diesbezügliche Mängel beseitigt worden seien. Vom sicherheitstechnischen Standpunkt gebe es in der Gassergasse keine Probleme. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, mit welchem Personenkreis die Gespräche zwischen der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung und der Gassergasse stattfinden, gab StR. HATZL bekannt, daß seine Gesprächspartner Beamte der Magistratsabteilung 13 sind. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

37 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann für die bestehenden Wiener kalorischen Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen dieselben Auflagen erfüllt sein werden, wie sie für Dürnröhr gefordert werden, sagte StR. SCHIEDER (SPÖ), daß ähnliche Auflagen sinnvoll wären. Dieselben Auflagen zu fordern sei unmöglich, da in Wien ganz andere Verhältnisse vorliegen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE ob in Wien hohe SO₂-Emissionen gemessen werden und ob es einen Etappenplan gibt, verwies StR. SCHIEDER darauf, daß die Wiener Kraftwerke zwischen 1963 und 1978 in Betrieb gegangen sind und ihre Konzeption etwa fünf bis zehn Jahre älter seien. Am Beispiel der Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sagte Schieder gab es zum Zeitpunkt der Errichtung überhaupt keine Anlagen zur Entfilterung von HCL oder SO₂.

Dennoch hätte Wien festgelegt, daß das Kraftwerk Simmering und auch das Kraftwerk Steinsporn mit schwefelarmem Heizöl betrieben werden. Das Kraftwerk Simmering wurde zum Beispiel im Jahr 1981 104 Betriebsstunden auf schwefelfreien Brennstoff umgeschaltet. SCHIEDER hielt dezidiert fest, daß die Wiener Kraftwerke keine Kohlekraftwerke sind. Zur Luftreinhaltung in Wien sei der bessere und wirksamere Weg die Entschwefelung des Heizöls.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er eine Verminderung des Schwefelgehaltes im Heizöl auf 0,5 Prozent bis zum Jahr 1985 für möglich halte, antwortete SCHIEDER, daß die ÖMV behaupte, dieser Wert sei nicht erreichbar. Er hoffe aber, daß der Wechsel in der Geschäftsführung der ÖMV, wo ein langjähriges Mitglied des Gemeinderates nunmehr eine führende Position innehatte, ein Umdenken in der ÖMV bewirke. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

38 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ), welche Leistungen der seit Jänner 1982 tätige Wiener Wirtschaftsförderungsfonds bisher erbracht habe, antwortete StR. MAYR, daß der Fonds alle acht Wirtschaftsförderungsaktionen übernommen habe und seither abwickle. Der Fonds führt auch die neue Aktion zur Lehrstellenförderung durch, die ein großer Erfolg ist. Bisher wurden 1.258 Lehrplätze mit Prämien von insgesamt 15 Millionen Schilling gefördert. Bei der Strukturverbesserungsaktion wurden in 36 Fällen 31,6 Millionen Schilling Zuschüsse gewährt. Bei der Hotelmodernisierungsaktion betrug die Summe der Zuschüsse 4,12 Millionen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wieviele Arbeitsplätze im Rahmen der Betriebsansiedlung heuer schon geschaffen wurden, antwortete MAYR, 420. Es wurde damit ein Investitionsvolumen von 140 Millionen initiiert, womit während der Bauzeit weitere zwei- bis dreihundert Arbeitskräfte Beschäftigung fanden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es auch Anfragen an den Fonds gebe, die zu keiner konkreten Leistung führen, antwortete MAYR, daß dies im Rahmen der Beratungstätigkeit selbstverständlich der Fall sei.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), wann er von dem negativen Gutachten der MA 22 über das ursprüngliche Rinter-Projekt Kenntnis erhalten habe, antwortete StR. SCHIEDER, am 8. Juni 1979. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was er daraufhin unternommen habe, sagte SCHIEDER, er habe sofort geprüft, ob dieses Gutachten nicht auch anderen Stellen zu übermitteln wäre. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er den zuständigen Stadtrat informiert habe, antwortete SCHIEDER, daß das Gutachten zur gleichen Zeit wie an ihn selbst auch an StR. NITTEL sowie an mehrere andere Dienststellen des Magistrats übermittelt wurde. (Forts.) ger/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

=++++

39 Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), in welchem Ausmaß heuer die Preisermäßigungen für russisches Erdgas von der ÖMV an die Wiener Stadtwerke weitergegeben wurden, sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß von der ÖMV Ermäßigungen ebenso weitergegeben werden wie Erhöhungen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchem Ausmaß diese Ermäßigungen heuer zum Tragen gekommen seien, sagte HOFMANN, der Preis sei zwar heuer zurückgegangen. Dem stehen jedoch eklatante Preissteigerungen seit 1980 gegenüber, die nicht an den Endverbraucher weitergegeben wurden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob keine Senkung des Gaspreises für die Wiener Haushalte möglich sei, nachdem der Preis für das Russengas jetzt 7,6 Prozent unter dem Niveau von Juni 1981 liege, sagte HOFMANN, daß man eben die vorhergegangenen Preiserhöhungen sowie die übrigen gestiegenen Betriebskosten berücksichtigen müsse. Überdies sei auch der gestiegene Preis für das Inlandgas in die Kalkulation miteinzubeziehen. (Forts.) gab/sim

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

40 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ), ob in unmittelbarer Zukunft weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs in der Mariahilfer Straße geplant sind, sagte StR. HOFMANN, daß sich die in der inneren Mariahilfer Straße gesetzten Maßnahmen bewährt haben und der Verkehrsfluß im äußeren Teil der Mariahilfer Straße keine weiteren Maßnahmen nötig macht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen für die langen Samstage im Dezember getroffen werden, um den öffentlichen Verkehr zu beschleunigen, sagte HOFMANN, daß die bewährten Mittel der Verkehrsberuhigung eingesetzt werden, die auch an den normalen Wochenenden in Kraft sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach weiteren Maßnahmen zur Beschleunigung der Linie 49 und 46, sagte HOFMANN, daß brauchbare Vorschläge diesbezüglich jedenfalls geprüft würden. Die jetzt schon bewährten Maßnahmen werden beibehalten. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

41 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. PESKA (SPÖ), ob die in den privaten Haushalten vorhandenen Gasgeräte von den Gaswerken überprüft werden, antwortet StR. Ing. HOFMANN, daß nach Beendigung der Erdgasumstellung der Hausdienst reaktiviert wurde, um die Gasgeräte in den Haushalten zu kontrollieren. Die Zahl der kontrollierten Geräte stieg von 37.117 im Jahre 1979 auf 61.137 im Jahre 1981. In diesem Zeitraum wurden rund 32.000 Kleinwasserheizungen ohne Anschluß an Abgassammler erfaßt.

Auf die DREIZEHENTE ANFRAGE von GR Dr. GOLLER (ÖVP), welche finanziellen Verpflichtungen für die Stadt Wien bzw. die Holding durch die Realisierung der Erzeugung von Brennstoff aus Müll durch die Rinter-AG entstehen würden, antwortete StR. VELETA, daß die Stadt Wien 1979 in einem Vertrag mit der Firma Rinter die Verwertung einer bestimmten Müllmenge zur Faserplattenerzeugung vereinbart hat. Wenn nun statt Faserplatten Briketts erzeugt werden, ergibt sich damit keine weitere Verpflichtung für die Holding.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Kosten für die EBS durch die Verbrennung von Müllbriketts wegen einer Umrüstung entstehen - StR. MAYR habe angekündigt, daß die Briketts nur bei EBS verbrannt werden sollen - antwortete StR. VELETA, es stimmt nicht, daß dieser Brennstoff nur bei EBS verheizt werden soll. über die Verhandlungen zur Aktivierung des Rinter-Werkes werde er den Gemeinderat zeitgerecht informieren.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob sich die Kosten für Rinter und EBS in der Müllabfuhrabgabe niederschlagen werden, antwortete StR. VELETA, daß es zu keinen Gebührenerhöhungen kommen wird. Er wandte sich auch dagegen, die erforderlichen Maßnahmen für Rinter und EBS zu vermengen: die nichtfunktionierenden Mahltrockner bei EBS sollen zurückgenommen werden, die Stadt Wien würde also diese Kosten nicht zu tragen haben. Auch die Umrüstung von Rinter wird keine Gebührenerhöhung zur Folge haben. (Forts.) and/sim

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Mitteilung Stadtrat VELETA

=++++

43 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Als Fortschreibung des Müllkonzeptes bezeichnete StR. VELETA die Mitteilung über die Wiener Müllentsorgung, die er dem Gemeinderat vorlegte. Eine Lösung des Müllproblems ist in der heutigen Situation nur in einer entsprechenden Separierung des Mülls zu suchen, nahm VELETA die entscheidende Aussage der Mitteilung vorweg.

Der Müllanfall pro Einwohner hat sich im letzten Jahrzehnt fast verdoppelt. Die Müllentsorgung hat damit so wie mit dem gestiegenen Umweltbewußtsein und der zunehmenden Rohstoff- und Energieknappheit einen neuen Stellenwert eingenommen. Müll soll künftig unbeschadet seiner Beschaffenheit zur Gewinnung von Rohstoffen und Energie herangezogen werden, Deponien nur mehr zur Lagerung von Reststoffen aus der Müllverwertung dienen.

Zur Müllverwertung und -beseitigung stehen in Wien zwei Müllverbrennungsanlagen (Flötzersteig und Spittelau), die Rinter AG zur Rohstoffrückgewinnung, die Biomüll, die Humus aus Müll erzeugt, die Entsorgungsbetriebe Simmering zur Verbrennung von Klärschlamm und Vernichtung von Sonderabfällen und die einzige im Stadtgebiet bestehende Deponie am Rautenweg zur Verfügung. Zur Rinter AG erklärte VELETA, da das ursprüngliche Konzept sich als nicht realisierbar erwies, sei nunmehr beabsichtigt, nach einer Vorsortierung die verwendbaren Teile zu einem lagerfähigen Brennstoff zu verarbeiten.

In Wien fielen 1981 mehr als 600.000 Tonnen Müll an, die in 207.000 Behältern gesammelt werden. Davon wurden rund 326.000 Tonnen durch Verbrennung in den beiden Müllverbrennungsanlagen weitgehend energiemäßig genutzt. Rund 240.900 Tonnen mußten nach Verarbeitung bei Rinter, Biomüll oder EBS deponiert werden. (Forts.) roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Mitteilung Stadtrat VELETA

=++++

44 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die Deponierung größerer Müllmengen kann auf Dauer nicht als taugliche Lösung angesehen werden, stellte VELETA fest. Eine Verarbeitung des Mülls sei der einzige sinnvolle Weg zur geordneten Müllentsorgung einer Großstadt. Die Erwartungen in die Rohstoffrückgewinnung durch die Rinter AG habe sich nicht erfüllt, die seither eingetretenen Änderungen auf dem Rohstoff- und Energiesektor lassen dennoch eine mit technisch ausgereiften Methoden durchgeführte Müllseparation sinnvoll und notwendig erscheinen. Mit der Erzeugung eines lagerfähigen Brennstoffes aus Müll könnten die saisonalen Schwankungen zwischen Müllanfall und Brennstoffbedarf ausgeglichen werden, was bei der Müllverbrennung nicht möglich ist.

Zu einer wirtschaftlich optimalen Auslastung aller Müllverwertungsanlagen wäre eine enge Zusammenarbeit unter einer einheitlichen Organisation vorteilhaft.

Die organisatorische Zusammenführung hätte auch zur Folge, daß die Kompostherstellung auf das Areal der Rinter AG konzentriert und damit eine Verringerung der Deponiemengen erreicht werden könnte. Das Betriebsgelände der Biomüll, für deren Anlagen in nächster Zeit erhebliche Investitionen notwendig wären, würde dadurch für andere Zwecke frei.

Die Aufgabe der Koordination würde der Wiener Holding zufallen. Die Struktur der Zusammenarbeit wird nach den steuer- und gesellschaftsrechtlichen Bedingungen zu bestimmen sein. Die einzelnen Konzeptionen bedürfen noch weiterer eingehender technischer und wirtschaftlicher Untersuchungen.

(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

45 Wien, 17. 11. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen drei schriftliche Anfragen der ÖVP und eine der FPÖ vor. Fünf ANTRÄGE der ÖVP betreffend die Frage, ob Preissenkungen bei den Einstandspreisen für Erdgas aus der UdSSR an die Konsumenten weitergegeben werden können, betreffend Verhinderung der Verlegung von Abteilungen der Wiener VEW in andere Bundesländer, betreffend Schaffung eines Parkplatzes auf dem Areal der früheren Endstation der Straßenbahnlinie 360, betreffend Herstellung von befestigten Wirtschaftswegen in Liesing, Mauer und Kalksburg sowie betreffend Erweiterung der Freifahrten für Zivil- und Kriegsblinde in Wien auch für Bewohner anderer Bundesländer.

Ein DRINGLICHER ANTRAG der FPÖ betreffend einer Bürgerbefragung zum Umbau des "Gersthofer Platzls" wird vor Schluß der Sitzung behandelt.

Anstelle von GR. Dr. GLATZL (ÖVP) wurde GR. HELMER (ÖVP) in den Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten, sowie in die gemeinderätliche Personalkommission gewählt. (Forts.) fk/sim

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Grundankauf für Deponie

=++++

46 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) stellte den Antrag, zwei Grundstücke im 22. Bezirk, südlich der Breitenleer Straße im Gesamtausmaß von mehr als 36.000 Quadratmeter anzukaufen. Es handle sich um einen sehr günstigen Kaufpreis von 60 S pro Quadratmeter. Die beiden Grundstücke sind zur Anlage einer Deponie bestimmt.

GR. KUCHAR (FPÖ) bezeichnete den Kauf als günstig, erhob jedoch Einwände gegen den Verwendungszweck. Laut der Broschüre zum Stadtentwicklungsplan liegen die Grundstücke in jenem Bereich, der zur Schließung des Grüngürtels dienen soll. "Die Schließung des Grüngürtels mit einer Mülldeponie kann doch nicht die erste Maßnahme nach dem Stadtentwicklungsplan sein", sagte Kuchar. Aus den Erfahrungen der letzten Zeit sei er außerdem skeptisch, daß bei einer Deponierung alle nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Die FPÖ stimme dem Grundankauf zu, wenn er für den Grüngürtel bestimmt ist. Für die Verwendung als Deponie könne die FPÖ ihre Zustimmung nicht geben. (Forts.) fk/rb

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Grundankauf für Deponie

=++++

47 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP ist dagegen, daß die Donaustadt zur "Mistgsettn" von Wien wird, sagte GR. DALLER (ÖVP). Die Grundstücke sind zwar nur als Deponie für Schutt vorgesehen, doch die Erfahrungen bei der Deponie am Rautenweg zeigen, daß die Vorschriften offensichtlich lax gehandhabt werden. Eine Gefährdung des Grundwassers in dieser Gegend kann daher nicht ausgeschlossen werden.

GR. FREINBERGER (SPÖ) entgegnete, aus einer Studie der Magistratsabteilung 15 gehe klar hervor, daß die Mülldeponie Rautenweg mit der Grundwasserverschmutzung in der Donaustadt nichts zu tun habe. Derzeit ist das im Antrag genannte Grundstück - eine ehemalige Schottergrube - eine wilde Deponie. Durch Schüttung mit einwandfreiem Material soll dieses Gebiet saniert und später landwirtschaftlich genutzt werden. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Grundankauf für Deponie

=++++

48 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. DDR. STRUNZ (ÖVP) bezweifelte generell, daß die Abfallbeseitigung von Wien dem letzten Stand der Technik entspreche. Als Beispiel dafür nannte er die Deponie Rautenweg, die nach veralteten Technologien betrieben werde. Überdies würden dort auch gefährliche Substanzen deponiert, die an sich vom normalen Müll getrennt werden müßten. Strunz wies auch auf die Gasbildung bei Deponien und auf die damit verbundene Explosionsgefahr hin. Eine positive Möglichkeit zur Beseitigung dieser Gefahr sei die Verwertung von Deponiegas als Energieträger, wie sie in Deutschland bereits betrieben werde. Auf jeden Fall genüge es nicht, eine Deponie zuzudecken und zu sagen "damit hat es sich". Abschließend bezeichnete Strunz den derzeitigen Stand der Abfallbeseitigung in Wien als "armseligen Torso". (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Grundankauf für Deponie

=++++

49 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sagte, das Geschäftsstück betreffe eine 36.000 Quadratmeter große Schottergrube für die Mülldeponierung. Darüber findet sich jedoch nichts in der Mitteilung von Stadtrat VELETA. Diese Mitteilung sei eher ein Arbeitsbehelf als eine Entscheidungshilfe für ein beschlußfassendes Organ. Sie lasse alle Hinweise auf künftige Entwicklungen vermissen.

Hampel-Fuchs kritisierte, daß das Rinter-Werk vorerst für eine Kapazität von 200.000, später 300.000 Tonnen vorgesehen war, ursprünglich sie jedoch von 500.000 Tonnen die Rede gewesen. Es fehlen auch alle Angaben über die Zusammensetzung des Mülls, sagte Hampel-Fuchs weiter, und auch darüber, ob Maßnahmen zur Veränderung dieser Zusammensetzung geplant sind. Dies wäre jedoch wichtig für künftige Entscheidungen. Die Mitteilung gebe auch keinen Aufschluß über den Sondermüll und gehe nicht auf die Probleme bei EBS ein. Ein umfassendes Müllkonzept müsse jedoch auch diese Fragen beantworten. Was geschieht mit der Deponie in Schwechat?, fragte Hampel-Fuchs weiter, und sie kritisierte das Fehlen von Angaben über die Kunststoffverwertung und die Sperrmüllbeseitigung. Schließlich wies sie darauf hin, daß kein Wirtschaftlichkeitsvergleich vorliege und auch keine Angaben über die Kosten der verschiedenen Entsorgungsmaßnahmen. Abschließend wollte sie wissen, wohin der Müll kommt, der nach der Stilllegung von Rinter im kommenden Jahr nicht verwertet werden kann. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Grundankauf für Deponie

=++++

50 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) stellte fest, daß auf den Grundstücken in Breitenlee nur Bauschutt deponiert werden soll und keine Gefahr bestehe, daß sich etwa dort Gase entwickeln könnten. Diese Deponie werde zur Bewältigung des in immer größeren Mengen anfallenden Mülls gebraucht.

Das Rinter-Projekt sei 1979 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden, die ÖVP betreibe jetzt Kindesweglegung. Man habe damit einem Privatunternehmen die Chancen gegeben, zur Lösung der Müllentsorgung beizutragen. Dieses Unternehmen habe leider versagt. Es sei aber unmöglich, auf dem Müllsektor ohne Innovation auszukommen, deshalb müsse jetzt das neue System der Brennstoffgewinnung aus Müll eingesetzt werden.

In seinem Schlußwort verwies GR. LACINA (SPÖ) darauf, daß GR. DDR. STRUNZ (ÖVP) schon 1979 eine Wiederverwertung des Mülls, im speziellen sogar die Gewinnung von Brennstoff gefordert habe. Wahlkampfstrategien und politische Gags würden nicht zur Lösung des Problems beitragen, ebenso wenig die Ablehnung der ÖVP bei allen Projekten.

GR. Lacina empfahl noch einmal, die betreffenden Grundstücke anzukaufen, da dort sowieso schon eine wilde Deponie bestehe und keine wirtschaftliche Nutzung gegeben, der Kaufpreis günstig und eine Verbauung aus landschaftlichen Gründen nicht vorgesehen sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.
(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Mülldebatte

=++++

56 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) wies auf den Informationswert von Stadtrat VELETAS Mitteilung zur Wiener Müllversorgung hin. Der Opposition warf SVOBODA "Kindesweglegung" vor, da sie im Jahr 1979 dem damals vorliegenden Müllkonzept zugestimmt habe. Nun habe man weitere Erfahrungen gewonnen und könne diese in das System der Wiener Müllentsorgung einbauen.

Als wesentliche Ziele der Müllentsorgung bezeichnete SVOBODA die Sortierung, die Rohstoffrückgewinnung, die Rohstoffverwertung, die Energiegewinnung und die Deponierung der Reststoffe. Bereits heute gebe es beim Einsammeln schon die Trennung von Glas, Papier und sonstigen Müll. Was anzustreben sei, sei eine organisatorische Zusammenfassung der Müllverwertungsorganisationen, im besonderen eine umfassende Lösung bei Rinter und Biomüll. So könnten in der Rinter-Anlage bei einer Annahme eines Durchlaufes von 200.000 Tonnen pro Jahr etwa 44 Prozent Brennstoff, der bei der EBS teures Heizöl ersetzen könnte, und 30 Prozent Kompost gewonnen werden. SVOBODA betonte, daß diese Lösungen auf einem bereits in der Praxis erprobten System beruhen. Es werde gemeinsam mit den anderen oben genannten Möglichkeiten auch in Zukunft eine geordnete Müllentsorgung in Wien garantieren. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Mülldebatte

=++++

53 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) HIRNSCHALL stellte die Frage, wofür diese 352 Millionen aufgewendet werden. Das Unternehmen ist konkursreif, steht auf Baurechtsgrund und ist mit schrottreifen Maschinen ausgerüstet. Christoph PRUTSCHER hat selbst vor Gericht erklärt, daß er eine Rinter-Aktie besitze, und bewertete diese mit 16 Schilling. "Das dürfte richtig sein", meinte Hirnschall und stellte anschließend die Frage, warum die Stadt Wien bzw. die Holding bereit sei, hunderte Millionen auszulegen? Es sei nicht Aufgabe der Stadt Wien, eine Rettungsaktion für die betroffenen Banken durchzuführen. Die freiheitliche Partei ist nicht bereit, das Verhandlungsergebnis mit dem Bankenkonsortium abzusegnet. (Forts.)

fk/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Mülldebatte

=++++

54 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. NEUMANN (ÖVP) kritisierte, daß der Bericht von StR. VELETA nichts enthalte, was dazu beitragen könnte, das Fiasko des Wiener Müllkonzepts zu erklären oder Lösungen für die Zukunft zu zeigen. Das Müllkonzept vom September 1979 war falsch. Schon seine Voraussetzungen - die Schätzungen für die Entwicklung der Müllmengen - waren unrichtig. Der mit der Firma Rinter abgeschlossene Vertrag war schlecht, naiv und stümperhaft.

Wertvolle Zeit ist nun bereits verstrichen, ohne daß es ein vernünftiges Konzept für die Wiener Müllentsorgung gäbe. Den beteiligten Politikern warf NEUMANN Versagen und Unvermögen vor. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Mülldebatte

=++++

52 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) begründete den Antrag zur Behandlung der Mitteilung von StR. VELETA über die Wiener Müllentsorgung, mit dem Hinweis darauf, daß die Müllentsorgung eine wesentliche Aufgabe der Stadtverwaltung sei.

Der Antrag auf Debatte wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erinnerte in seiner Wortmeldung an die feierliche Eröffnung des Rinterzertes vor knapp einem Jahr. Bürgermeister GRATZ habe damals am 3. Dezember 1981 laut "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärt, er sei überzeugt, daß das Konzept richtig und gut sei. "Nun haben wir das Debakel und die Katastrophe", sagte Hirnschall, "das Rinter-Projekt hat sich zu einem riesigen Flop entwickelt".

Es zeigt sich heute, daß die maschinellen Anlagen unbrauchbar sind, daß der Sperrmüll nicht verarbeitet werden kann und daß die ganze Konstruktion unzweckmäßig ist.

StR. Nittel hat immer behauptet, nach den vertraglichen Bestimmungen seien für die Stadt Wien keine finanziellen Verpflichtungen zu erwarten. Die Banken und die Firma selbst hätten alle Aufwendungen zu tragen. Dr. Hirnschall meldete seine Bedenken gegen die finanzielle Seite der nunmehr vorgeschlagenen Transaktionen. Abgesehen davon, daß von der Stadt Wien an die Firma Rinter bereits 119 Millionen ausbezahlt worden sind, kämen nun weitere Beträge auf den Steuerzahler zu. Die Schuldenübernahme kostet 352 Millionen, zur Begleichung der Außenstände sind weitere 43 Millionen nötig, die Umrüstung kostet inklusive Betriebskosten 135 Millionen. Um die Mindestverwertung von 300.000 Tonnen jährlich zu erreichen, sind noch einmal Investitionen in Höhe von 200 Millionen nötig. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Mülldebatte

=++++

57 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) StR. VELETA erklärte bezugnehmend auf die Ausführungen von GR. Maria HAMPEL-FUCHS, daß seine Mitteilung auf dem Müllkonzept aufbaute und eine Fortschreibung dieses Konzepts darstellt. Die Entscheidung für Rinter fiel in einer Enquete unter Mitarbeit von Beamten und Mitgliedern des Gemeinderates, und in einer Gemeinderatsdebatte über das Müllkonzept im Jahr 1979 hat ein ÖVP-Abgeordneter den Vertragsabschluß mit Rinter begrüßt. Weil sich die Verantwortlichen mit dem Problem des Mülls beschäftigen, werden die Verhandlungen weitergeführt. Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß ist die Einhaltung der Bankzusagen und eine Garantie jenes Unternehmens, das die maschinelle Ausstattung liefert für das Funktionieren. Das wird durch einen Probetrieb nachzuweisen sein.

Bezugnehmend auf die Vorwürfe von GR. DDR. STRUNZ hinsichtlich der Deponie Schwechat verwies Veleta auf dessen Position als Mitglied des Aufsichtsrates, in der er die Möglichkeit gehabt hätte, einzugreifen.

Veleta befaßte sich dann mit den Ausführungen von GR. Maria HAMPEL-FUCHS über die Kunststoffrückgewinnungsgesellschaft und sagte, nirgends gebe es ein Rezept für die Kunststoffrückgewinnung, Wien wolle aber trotzdem weiter auf diesem Gebiet innovatorisch tätig sein. Was die 500.000 Tonnen Abfälle betrifft, die laut GR. HAMPEL-FUCHS zu deponieren wären, wies Veleta darauf hin, daß in den beiden Müllverbrennungsanlagen insgesamt rund 320.000 t des gesamten Wiener Müllanfalls von 610.000 t verbrannt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Gersthofer Platzl

=++++

58 Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stellte den DRINGLICHEN ANTRAG, innerhalb der nächsten vier Wochen bei den Anliegern der Gersthofer Straße im 18. Bezirk eine Befragung über die Gestaltung des Gersthofer Platzls durchzuführen.

Der Wiener Gemeinderat hatte eine Verlegung der Linie 9 in die Wallrißstraße - Schöffelgasse beschlossen. Es handle sich dabei um reines Wohngebiet, erklärte PAWKOWICZ. Die Währinger Bezirksvertretung sei hingegen für eine Beibehaltung der Linie 9 in der Gersthofer Straße in Seitenlage, womit die Lärmbelästigung für die Bewohner des Viertels geringer bleibe.

In einem ähnlichen Fall wären die Bewohner der Carabelligasse mittels Brief und Antwortkarte zur Mitbestimmung über straßenbauliche Maßnahmen aufgefordert worden. Dieser Weg solle nach Auffassung der FPÖ-Fraktion auch im Falle der Gestaltung des Gersthofer Platzls zur Anwendung gelangen. Ein Umsteigen auf die gewünschte Variante wäre trotz des bereits erfolgten Baubeginns noch möglich.

GR. HALA (SPÖ) stellte fest, daß die Währinger Bevölkerung, insbesondere die Anrainer des Gersthofer Platzls, schon lange Zeit unter den gefährlichen Verkehrsverhältnissen zu leiden hätten. Bei einem so großen Verkehrsknoten wäre nur eine Kompromißlösung möglich, wie sie auch beschlossen wurde. Man dürfe sich dabei nicht von Kleingruppen beeinflussen lassen, sondern müsse die Interessen der Mehrheit im Auge behalten. Außerdem würde eine Neuplanung eine Verzögerung von ein bis zwei Jahren mitsichbringen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf eine dringliche Behandlung im Gemeinderat wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag betreffend einer Bürgerbefragung wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 17.40 Uhr geschlossen. (Schluß) roh/ap

---ENDE DES SITZUNGSBERICHTES---

Husak im Rathaus

=++++

55 #Wien, 17.11. (RK-POLITIK) Mittwoch nachmittag besuchte der Staatspräsident der CSSR, Dr.Gustav HUSAK, das Wiener Rathaus und trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold GRATZ verwies in seiner Begrüßung darauf, daß zum ersten Mal in der Geschichte ein tschechoslowakisches Staatsoberhaupt ins Wiener Rathaus gekommen ist.#

Gratz betonte, daß die Entspannung und gute Beziehungen nach allen Seiten für Wien ganz besondere Bedeutung haben. Wien braucht offene Grenzen und nicht, wie in den ersten Nachkriegsjahren, eine Mauer quer durch Europa. Für Wien ist es lebenswichtig, eine Stadt der Begegnung und des Gesprächs zu sein.

Auch Husak hob die internationale Bedeutung Wiens hervor. Als Sitz wichtiger internationaler Organisationen ist Wien wieder zu einem Zentrum der internationalen Welt geworden,sagte Husak.

(Schluß) sti/rb

NNNN